

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

01-03/2010 / Nr. 28

Zusammenprall der Kulturen – wer hat daran Interesse?



Liebe Leser !

Es ist nicht mehr übersehbar. Fremde Kulturen, am spürbarsten jene des Islam, breiten sich in beängstigender Geschwin-

digkeit über unsere Heimat Österreich aus und werden unsere angestammte christliche Kultur zunehmend an den Rand drängen, **wenn wir es einfach hinnehmen.**

Dass es so weit kommen konnte, sollte nicht den hauptsächlich von der Industrie hereingebetenen Migranten zum Vorwurf gemacht werden, sondern jenen Politikern und kirchli-

chen Amtsträgern, die für diese Situation Verantwortung tragen. So viel lässt sich in diesen Tagen deutlich erkennen: Muslime, die sich in Österreich niederließen, haben ein gutes Gespür für das politisch Machbare im Gastland, wo das einmal tief verwurzelte Christentum kaum mehr imstande ist, die Menschen zu leiten und damit **ein leicht „bearbeitbares“ Vakuum** entstehen ließ, in das nun fremde Kulturen eindringen können.

Niemand will die Religionsausübung von ausländischen Gästen, Arbeitern oder Asylwerbern und erst recht von eingebürgerten Migranten einschränken, doch **Forderungen z.B. nach Einführung der Scharia**, des islamischen Rechts, lt. Umfragen von der Hälfte aller türkischstämmigen Migranten (220.000) gefordert (!), wirkt verständlicherweise aufschreckend für die einheimische Bevölkerung.

Aber auch das Verlangen von Muslimen nach Minaretten geht zu weit. Sie wissen, dass es den Christen niemals erlaubt wäre, Kirchtürme, ja nicht einmal Kirchen, im „Land des Islam“, das sind Länder mit islamischer Staatsreligion, zu errichten. (s. muslimisches Rechtsgutachten Nr. 5106 auf Seite 6)

Schimpfen wir also weniger über „die Moslems“, sondern machen wir den politisch Verantwortlichen, den blauäugigen Bischöfen und Superintendenten klar, was uns wichtig ist, wo die **Grenzen der Toleranz** gezogen werden müssen. Sagen wir freundlich aber bestimmt, was wir

wollen oder nicht wollen. Sagen wir **„Nein“ zu überzogenen Forderungen** und behandeln wir ausländische Gäste, wie sie es verdienen: Wer sich integrieren und einem Gast gemäß in Österreich leben will, **soll auch eine vorbildliche Gastfreundschaft (im christlichen Sinn) erfahren**, wer sie missbraucht, z.B. durch Nichtbeachtung österreichischer Gesetze, verdient sie nicht und soll in sein Heimatland zurückkehren müssen.

Warum diese Regeln unbedingt beachtet werden sollen? Weil es sonst zu einem Zusammenprall der gegensätzlichen Kulturen mit unangenehmsten Folgen kommen wird. Ein Blick in die Vororte von Paris oder nach Mailand, Malmö, Berlin und Hamburg zeigt, was uns erwarten kann. Dort haben untätige oder gleichgültige Politiker, genauso wie Bürger **zu spät reagiert**. Es scheinen bestimmte politische Kräfte starkes Interesse daran zu haben, Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen und die Gesellschaft zu entzweien. Bei dieser interkulturellen Auseinanderset-

Öffentliche Prozession in Telfs im Jänner 2010. Heute pflegen die Traditionsverbände der Tiroler Marktgemeinde Telfs noch christliche Bräuche. Viele Häuser werden fahngeschmückt. Und in 30 Jahren? Eine starke muslimische Gemeindefraktion und ein muslimischer Bürgermeister in der „Minarett-Gemeinde“ scheinen dann nicht mehr ausgeschlossen. Ob dann der Ort noch als ursprünglich christlich geprägt, „wiederzuerkennen“ ist?



Inhalt:

- Zusammenprall der Kulturen S. 1-2
- Euro in Bedrängnis..... S. 3
- Offene Grenzen..... S. 3
- Europ. Überwachungsstaat..... S. 4
- Demokratie garantiert Freiheit.. S. 5
- Positives, Erfreuliches..... S. 6
- Eurogendfor..... S. 7
- Präsidentschaftswahl S. 7
- Lesermeinungen..... S. 8
- Impressum..... S. 8

zung bekommt man oft zu hören: „Angst vor dem Islam ist unbegründet“ oder pauschal diskriminierend: „Österreich neigt zu Fremdenhass“. Hier werden konträre Meinungen, die durchwegs auf Ängsten beruhen, möglichst negativ punziert, um **Kritiker mundtot zu machen**. Wenn ein älterer Mensch einem Fremden vorsichtshalber aus dem Weg geht, so ist das nicht unbedingt ein

„Überzeugt werden Menschen immer nur dann, wenn einer mit seiner ganzen Person für eine Sache eintritt.“

Richard Gerlach, Zoologe u. Schriftsteller

Zeichen von Ablehnung oder Feindseligkeit! Er braucht oft etwas mehr Zeit um Fremdes einordnen zu können. **Aufgabe der Politik ist es jedenfalls, Ängste ernst zu nehmen**, sie zu mindern suchen, letztlich dem eigenen Volk ein möglichst angstfreies Leben zu ermöglichen. Diese Maxime hat für die Schwächeren in der Gesellschaft, (Senioren, Jugendliche und Kinder) in besonderem Maß zu gelten.

Wie können wir Österreicher **zu einer nachhaltigen Entspannungs-Lösung beitragen**? Einmal braucht es eine klare Darlegung jener Minimal-Regeln, die in unserem Land allgemeine Gültigkeit haben und dann

müssen diese Regeln im Dialog den ansässigen Migranten nahegebracht werden. Es muss ihnen unmissverständlich gesagt werden, dass in unserem Kulturkreis z.B. die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Kirche, die Beachtung demokratischer Grundregeln und Gesetze ebenso für Ausländer gelten. Wer sie nicht akzeptieren kann, ist auf unserem Staatsgebiet eine unerwünschte Person.

Es ist aber auch zu erwarten, dass sich der **notwendige Dialog** auf ein ausgesprochen unangenehmes Feld verlagert, sobald uns Christen die Frage gestellt wird, wie sich Muslime an eine Kultur anpassen, integrieren sollen, wenn sie die meisten christlichen Staaten wegen ihrer Strategie- und Ressourcenkriege, Folterungen und Lügenpropaganda zutiefst verachten?“ Da werden wir um das Eingeständnis der Verlogenheit von **unchristlichen Regierungen** solcher Staaten nicht herumkommen. Christliche Völker wollen mit muslimischen sicherlich in Frieden leben, für deren Regierungen gilt diese Feststellung allerdings sehr oft nicht.

Zum Zweiten hilft nur ein **Kleinhalten des Migrantenanteils** mit, die Spannungen in der Gesellschaft nicht beängstigend wachsen zu lassen. **Österreich ist kein Zuwanderungsland!** Fördern wir lieber ein



Muslimische Frauen in modernisierter Burka (Jilbab). Sie kamen in Begleitung ihrer Ehemänner um in Österreich Urlaub zu machen. Als Christen sollten wir ihnen vorbildlich gastfreundlich begegnen.

Wachsen der Bevölkerung durch mehr Kinder. Solange Österreich zu den Ländern mit der höchsten Abtreibungsrate zählt (Kurier, 18.2.2010), bleibt die Politik die Erfüllungsgelhilfin der Gesellschaftszerstörer. Wer also wegschaut oder gar ohne Rücksicht auf einen möglichen Sozial-Netz-Kollaps ständig mehr Zuwanderung fordert, wird es sich gefallen lassen müssen, als Feind des inneren, sozialen Friedens oder „Österreich-Feind“ tituiert zu werden.

Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann

Was hilft gegen verräterische Politik?

Wir kennen kein besseres Mittel als die direkte Demokratie mit verbindlichen Volksabstimmungen

Egal, ob es um das Überleben unserer Volkswirtschaft, um die Aufnahme der Türkei in die EU, um Kriegsbeteiligung oder die Entscheidung geht, weiterhin Unsummen in den Selbstbedienungsladen EU zu zahlen: Wenn wir Bürger in die Lage versetzt werden, Gesetzesinitiativen und Gesetzeskorrekturen zu ergreifen, so können wir, wo immer es notwendig ist, das Ruder rechtzeitig herumwerfen.

Das VOLKSBEGEHREN FÜR DIREKTE DEMOKRATIE würde uns einen großen Schritt in diese Richtung weiterbringen.

Helfen Sie uns mit all Ihren Kräften, die Einleitung zu ermöglichen! Wer selbst bereits unterschrieben hat, möge sich um einen zweiten, oder noch besser, weitere Unterzeichner bemühen. Wir sammeln Unterstützungen noch bis Jahresende. Unterstützungsformulare bitte anfordern oder von der Plattform-Netzseite www.direkte-demokratie-plattform oder www.nfoe.at herunterladen.

Peter Menghin, Plattform- Koordinator, 6020 Innsbruck, Defreggerstr. 8, Tel: 0664-6339693, E: peter.menghin@aon.at

Sträfliche Vernachlässigung ihrer Pflichten Folge: Euro in größter Bedrängnis

Kann es möglich sein, dass die EU-Kommission schon beim Beitritt Griechenlands zur Eurozone weggeschaut hat?

Wie erinnerlich, wurde bereits wenige Monate nach Aufnahme dieses Nettoempfängerlandes die Fälschung der vorzuweisenden Finanzdaten (Budgetdefizit, Staatsschulden) durch staatliche Behörden bekannt. Doch das hatte keine Konsequenzen zur Folge.

Wie erklärt sich das? Man darf davon ausgehen, dass Brüssel bereits bei der Schaffung der Währungsunion auf diesen strategisch wichtigen Mittelmeerstaat nicht verzichten wollte. Nicht einmal eine verstärkte Budgetkontrolle wurden den Griechen zur Auflage gemacht.

Und nun, neun Jahre später, werden horrenden Budgetzahlen und Leistungsbilanzen veröffentlicht (Budgetdefizit: 12,7 %, Staatsschulden 300 Mrd. Euro!). Das betrifft aber nicht nur Griechenland, auch Italien, Spanien, Portugal und Irland befinden sich in einer ähnlich miserablen Lage. Diese Länder taumeln schon seit Jahren am Rande des Bankrotts dahin und konnten sich allein dank niedriger Zinsen und auf Kos-

„Geldherstellung der Notenbank für Geschäftsbanken ist absurd. Warum nicht zinsenlos für den Staatshaushalt?“

Wolfgang Filc, Universität Trier

ten ehemaliger Hartwährungsländer (darunter auch Österreich) über Wasser halten. Einer amerikanischen Bank, (Goldman Sachs) gelang es sogar, durch Verpfändung von Staatseinkünften Griechenland quasi in Geiselhaft zu nehmen. (Quelle: ORF, 14.2.2010) **Durch die aufgrund der Finanzkrise nachlassen-**

de Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder wirkt sich diese Vogel-Strauß-Politik der EU-„Eliten“ besonders negativ aus, so dass sogar der Bestand der Währungsunion nicht mehr gewährleistet ist.

Was also der „kleine Mann“ von der Straße schon lange weiß, das gelang der EU-Kommission über viele Jahre hinweg zu vertuschen, vermutlich damit der Lissabonvertrag ja nicht blockiert wird!

Wir NFÖ-Freunde wussten von dieser alarmierenden Situation schon spätestens seit den u.a. von uns veranstalteten Vorträgen von Prof. Hankel im Herbst 2008. Jetzt tut die EU-Kommission so, als wäre das etwas



Welche Währung hat im globalen Wettkampf auf lange Sicht die „besseren Karten“?

völlig, Unvorhergesehenes. Damit wäre sie aber spät dran. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit die amerikanische Regierung in diese Machenschaften eingeweiht war und einer möglichen Aufwertung des Dollars bei Offenlegung des griechischen Schulden-Fiaskos mit größter Genugtuung entgegenseh?

Und da werden grundlegende Reparaturen, z.B. die Herausnahme Griechenlands aus der Euro-Zone, von der EU noch immer nicht einmal angedacht. Man will offenbar einfach bis an die Grenzen krimineller Fahrlässigkeit wie bisher weiterwursteln.

Offene Grenzen - zum Nutzen der Bürger?

Was hat sich durch die Öffnung der Grenzen geändert? Können unbescholtene Menschen die Grenzen erst jetzt passieren? **Waren wir vor 1995 in Österreich eingesperrt?** Konnten wir im Ausland keinen Urlaub machen? Der Grenzverkehr von Waren wurde erleichtert – nicht unbedingt immer zum Vorteil unseres eigenen Wirtschaft (Stichwort: unfaire Konkurrenz von ausländischen Waren und zunehmender Druck auf den Arbeitsmarkt).

Eine „Grenze“ zu installieren ist ja nicht gleichbedeutend mit Abschottung, sondern soll die Möglichkeit eröffnen, dort wo es sinnvoll ist, **Warenströme und einreisewillige Menschen zu kontrollieren!**

Wem nützen also gänzlich offene Grenzen wirklich? In erster Linie der organisierten Kriminalität und den Konzernherren, für die Nationen samt Grenzen ziemliche Stolpersteine bilden! Sie wollen nur ihre Unternehmensstandorte sowie ihre Produkte in Europa nach Belieben verteilen können.

Die Staatsgrenzen müssen wieder kontrolliert werden, bis die organisierte, vom Ausland „importierte“ Kriminalität ein so geringes Maß erreicht hat, dass sich auch ältere Menschen wieder sicher fühlen. Gleichzeitig müssen zusätzliche Exekutivbeamte in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden.

Sie sollen nicht kapitulieren müssen, weil sie kaum eine Chance sehen, der wachsenden Kriminalität Paroli zu bieten. Ihre Ausrüstung muss von hervorragender Qualität sein, wenn es die Republik ernst damit meint, den Schutz der Bürger garantieren zu wollen.

Mit 1. Dezember ist der >>EU-Reformvertrag von Lissabon<< in Kraft getreten

Die Europäische Union hat nun eine eigene Rechtspersönlichkeit und nationale Parlamente sind nicht mehr befugt, Gesetze in freier Entscheidung und nach dem Willen des Volkes zu beschließen. Für Österreich brechen schwere Zeiten heran.

Der 1. Dezember ist für Österreich ein Trauertag.

Widerstand ist angesagt!

Es geht schon los – der europäische Polizei- und Überwachungsstaat wird konstruiert

Der EU-Verfassungsvertrag war noch keine zwei Wochen in Kraft, da wurde bereits ein weiterer **Baustein für den EU-Superstaat** gelegt: Auf dem EU-„Gipfel“ vom 10. und 11. Dezember 2009 ist wegen der zeitgleich stattfindenden Klimakonferenz in Kopenhagen, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, das sogenannte **„Stockholmer Programm“** beschlossen worden.

Dabei handelt es sich um eine **entscheidende Weichenstellung** in den Bereichen der Innen-, Justiz- und Asylpolitik der EU für die kommenden Jahre. Dieses neue Fünfjahresprogramm (die alte Sowjetunion lässt grüßen) wurde von der politischen „Elite“ unter sich ausgehandelt, die betroffene Bevölkerung hatte dabei nichts, das EU-Parlament nur sehr wenig mitzureden.

Gespickt mit schön klingenden, aber unverbindlichen Phrasen wie „Förderung der Rechte des Bürgers“ oder „Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ will es unter dem Vorwand der

Terrorismusbekämpfung vor allem die **EU-weite Vereinheitlichung und Vernetzung von administrativen, polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aktivitäten vorantreiben**, verstärkt auf neue technische Möglichkeiten, z. B. bei der Datenbearbeitung setzen und dadurch die Kontrolle und Überwachung sämtlicher „Bewegungsvorgänge“ in der EU effizienter und lückenloser machen.

Bei diesem Unterfangen hat sich die EU den „Heimatschutz“ der USA, der in der medial und emotional aufgeheizten Phase nach den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center aufgebaut wurde, zum Vorbild genommen. Mit der USA wurde überhaupt eine spezielle Zusammenarbeit ins Auge gefasst, die zu einem **„euro-atlantischen Raum der Zusammenarbeit“** führen soll.

Und so sehen die vorgesehenen Maßnahmen aus: Verstärkte Kontrolle der Flugpassagierdaten und sämtlicher Reiseaktivitäten, Entwicklung von Präventionsmaßnahmen, Vernetzung der verschiedenen Datenbanken von Europol, Eurojust, der Grenzschutzagentur Frontex u. a.

Doch wer wird diese riesigen Datenmen-gen kontrollieren? Werden sie an Drittländer weitergegeben, etwa an die USA, wie das bereits im Finanzverkehr geschieht?

Wie wird der Bürger vor illegaler Datenweitergabe, wie seine Privatsphäre geschützt? Zu diesen konkreten Fragen schweigt sich das Programm aus. In der Einwanderungs- und Asylproblematik geht es einfach von **„permanenter Migration“** als hinzunehmender Tatsache aus, die nicht mehr nach Sinn, Zweck und Berechtigung hinterfragt wird. Verschiedene Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen, wie sie z. B. im European Civil Liberties Network (ECLN) zusammengeschlossen sind, äußern massive Kritik am „Stockholmer Programm“:



Wird die österreichische Polizei bald einer EU-Behörde unterstellt?

„Unter nationalen Gesetzen wird EU-Recht implementiert (untergejubelt), staatliche Organe verankern umfassende Überwachungssysteme und beginnen mit dem Aufbau von zuvor unvorstellbaren detaillierten Profilen des politischen und privaten Lebens ihrer BürgerInnen, häufig in Abwesenheit jeglicher Datenschutzstandards, juristischer oder demokratischer Kontrolle. Das Ergebnis ist eine zunehmend sicherheitspolitisch militarisierte Herangehensweise an soziale und wirtschaftliche Probleme. Nicht zuletzt wird diese Politik in einer undemokratischen und unverantwortlichen Weise vorangetrieben und verankert. Die EU hat einen Apparat innerer und äußerer Sicherheit geschaffen, einschließlich Strafverfolgung, Sicherheitsbehörden, Datenbanken und Informationssysteme, paramilitärischer Organisationen und einer zunehmenden militärischen Leistungsfähigkeit. Dieser Apparat wird von einem dünnen Netzwerk von Verantwortlichen, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, weiter ausgebaut.“

(Quelle: ECLN-Pressemitteilung v. 15.4.09)

Ein anonymes System greift nach der Macht und verwischt die Grenzen zwischen Außen- und Innenpolitik, zwischen Militär und Polizei, zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Datenschutz und Überwachung, zwischen Bürger und Verbrecher. Ein anonymes System formuliert seine Ziele. In der eingeschlagenen Richtung soll es kein Zurück mehr geben. (nos)



Eine Privatperson aus Wien sorgt als „österreichischer Polizist“ in (alter) österreichischer Uniform am Weihnachtsmarkt vor dem Rathaus von Hamburg während der Adventszeit für Ruhe und Ordnung. So weit so gut.

Wann aber werden sich schlaue Kriminelle dieser alten Uniform bedienen und Mißbrauch damit treiben? Das österr. Innenministerium machte es möglich. Es verkaufte im Herbst 2009 ihre Lagerbestände an den (privaten) Großhandel.

Demokratie garantiert Freiheit

Allgemein übersetzen wir Demokratie mit Volksherrschaft. In einer modernen demokratischen Republik geht es nicht um Herrschaft, sondern um den **Mehrheitswillen**. In Österreich haben wir eine repräsentativen Demokratie, in der die Gesetzgebung durch das Parlament vollzogen wird.

Das ist kein Widerspruch zum Volkswillen, solange es sich hierbei um Volksvertreter handelt, die bemüht sind, den Mehrheitswillen des gesamten Volkes umzusetzen. Es ist für die gewählten Politiker sehr schwierig den Willen aller Menschen zu berücksichtigen. Trotzdem müssen sie sich ständig darum bemühen, das Richtige für die allgemeine Freiheit und für das Gemeinwohl auf der Grundlage der Wahrheit zu erkennen und die richtigen Gesetze zu beschließen, im Rahmen der Verfassung. Die Bürger und Bürgerinnen sollten diesen Rechtsgesetzen mehrheitlich zustimmen können. Sie garantieren den allgemeinen Vorteil und die Freiheit und nicht die Herrschaft.

„Die EU schadet der Europa-Idee und ist auf einem Irrweg“.

Roman Herzog, deutscher Alt-Bundespräsident und Ex-Verfassungsrichter

Entwickelt sich in einem Staat allerdings eine Parteienherrschaft, die ausschließlich den Regierungsvorschlägen folgen oder der Parteilinie gehorchen müssen, dann sind die Abgeordneten des Volkes nicht mehr frei und ihrem Gewissen verpflichtet. **Demokratie ist also die politische Form der Freiheit.** Rechtsgesetze sind notwendig, schränken nicht die Freiheit ein, sondern garantieren sie vielmehr. Einen wichtigen Schritt demokratie-politisch weiter gedacht: Durch die Möglichkeit direkt demokratischer Entscheidungen wird die repräsentative Demokratie positiv beeinflusst. Wenn das Volk Entscheidungen jederzeit an sich ziehen und selbst treffen kann, werden auch parlamentarische Entscheidungen inhaltlich sehr viel **stärker an den Mehrheitswillen der**

Wähler zurückgebunden. Das Schweizer Modell (Neutralität und Direkte Demokratie) ist richtungsweisend.

Demokratie in der EU nicht möglich

Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union, deren demokratischen Defizite gegen die Freiheit in der Republik gerichtet sind. Es gibt viele Argumente, warum die EU demokratische Defizite aufweist. Beispielsweise die nicht Gewaltenteilte EU-Gesetzgebung. Das sogenannte EU-Parlament vertritt kein Volk, weil es kein verfasstes EU-Volk gibt. Auch die EU-Parlamentsabgeordneten werden nicht gleichheitlich (d.h. im Verhältnis zur Einwohnerzahl der EU-Mitgliedsstaaten) gewählt. Dieses „Scheinparlament“ kann kein Gesetz alleine beschließen, es stützt und stärkt lediglich die EU-Gesetzgebung. Die Kommission hat das alleinige Recht, Gesetze vorzuschlagen, der Ministerrat mit dem EU-Parlament beschließt die Gesetze.

Entgegen der Behauptung, dass das österreichische Volk mit dem Beitritt zur EU (Volksabstimmung 1994) dieser Entwicklung zugestimmt hätte, muss hier klagend an die Versprechen der damaligen Politiker erinnert werden, die uns schlichtweg nicht wahrheitsgemäß informiert haben!

Wer wusste über die damals schon beschlossene Abschaffung des österreichischen Schilling Bescheid? Oder über die neoliberale Wirtschaftsverfassung, die Österreich möglicherweise in den Bankrott treibt und den Sozialstaat gefährdet? Oder über die neutralitätswidrige Entwicklung der NATO-geführten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Nach dem Vertrag von Lissabon verpflichtet sich Österreich

an „Missionen“ in Drittstaaten - auch gegen den „Terror“ - teilzunehmen. Dies können auch Angriffskriege sein.

... und in Österreich?

Nicht weniger unproblematisch ist die politische Entwicklung in Österreich. Wir Bürger und Bürgerinnen müssen uns dringend die Frage stellen, wann sich unsere Volksvertreter vom demokratischen Prinzip verabschiedet haben und so zu Handlangern der unmenschlichen, neoliberalen Globalisierung wurden. Die Treibjagd nach Geld und Konsum, die jegliches mitmenschliche Gefühl abmontiert, uns Bürger und Bürgerinnen den Blick für Gerechtigkeit und Vernunft verlieren lässt, muss beendet werden! Keine Parlamentspartei stellt sich ehrlich und offen der Problematik dieser untragbaren Entwicklung in Österreich. Um die Voraussetzung für echte Demokratie zu schaffen, muss der längst fällige Schritt getan werden: Austritt aus der EU, um die Freiheit wieder zu erlangen! (hs)

Werte Stimmbürger/-innen in Österreich!

- Wie können wir unsere (militärische) Neutralität halten?
- Wie können wir unsere Landesgrenzen besser schützen?
- Wie können wir unsere Abgeordneten aufwerten?
- Wie können wir Regierungsleute volksnahe machen?
- Wie können wir die Kriminalität eindämmen?
- Wie können wir die Massenmedien unabhängig machen?
- Wie können wir die Gemeinde als unsere ansehen?

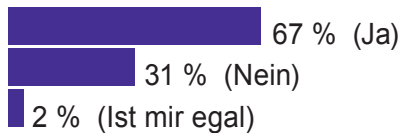
- Indem wir selbst über Krieg und Frieden entscheiden.
- Indem wir selbst Steuern und Abgaben bestimmen.
- Indem wir uns lösen vom Untertanen-Denken.
- Indem wir Behörden nicht mehr als Obrigkeit sehen.
- Indem wir als „Souverän“ über den „Oberen“ stehen.
- Indem wir die Macht Einzelner auf Mehrere verteilen.
- Indem wir deren Macht auf kürzere Zeit beschränken.
- Indem wir mehr tun als nur schimpfen und spotten.
- Indem wir regieren, statt regiert zu werden.
- Indem wir über unseren Vertretungen in Gemeinde, Bezirk, Land und Bund ständig das Damoklesschwert einer Volksabstimmung schweben lassen!
- Indem wir der Direkten Demokratie (DD) zum Durchbruch verhelfen!

Helft also mit beim Sammeln der Unterstützungserklärungen für das DD-Volksbegehren

- bis Ende 2010. Siegfried Eder, Prutz am Inn

Soll der Schilling wieder her?

Auf die Frage der ÖVP-nahen Tageszeitung „Die Presse“ an ihre Leser bzw. Besucher ihrer Netzseite (26.1.2010) „soll der Schilling nun wieder her?“, kam ein (für uns) wenig überraschendes Zwischenergebnis heraus.



Die souveräne Schweiz will keine neuen Minarette. Das ist zu respektieren.

In einer Volksabstimmung (nach einer Volksinitiative) am 29. November des Vorjahres hat das Schweizer Volk den Bau weiterer Minarette abgelehnt. Das Ergebnis war unerwartet ausgefallen, was die politisch Herrschenden in der EU zu gespielter Entsetzen veranlasste. Sie forderten plötzlich „im Namen der Menschenrechte“ eine politische Korrektur durch die Volks- und Regierungsvertreter. Ein Widerspruch in sich. Es gibt in der Schweiz niemanden über dem Volk! **Österreichische Politiker sollten sich daran ein Beispiel nehmen!**

Jugendkomplementärwährung eingeführt

Auf Anregung des Unterguggenberger Institutes wurde im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Wörgl eine Jugendkomplementärwährung eingeführt, die seit 1. Oktober 2005 in Umlauf ist. Jugendliche ab 12 Jahren erhalten für Dienstleistungen Zeitguthaben, die sie dann in Gutscheine regionaler Unternehmen einwechseln können. Weitere Informationen unter www.underguggenberger.org, www.i-motion-woergl.at, www.neuesgeld.com.

Was in Wörgl funktioniert, müsste doch in anderen (häufig hochverschuldeten) Städten wenigstens einen Versuch wert sein.

Kruzifixurteil bei nationaler Einigkeit unwirksam

Gegen das im November 09 verkündete Urteil des Europäischen Gerichtshofes des Europarates hat die italienische Regierung Berufung eingelegt. Kruzifixe seien nicht Ausdruck religiöser Überzeugung, sondern der italienischen Tradition, sagte Bildungsministerin Mariastella Gelmini: „Es wird niemandem gelingen, unsere Identität zu löschen, auch nicht einem ideologisierten Gerichtshof.“ Und der Vatikansprecher Federico Lombardi meinte: „Es scheint, als wolle man die Rolle des Christentums für die

Formung der europäischen Identität leugnen“. So wie Lombardi sprachen maßgebliche italienische Politiker dem Gericht das Recht ab, sich in italienische Angelegenheiten einzumischen. (Quelle: Süddeutsche Zeitung, 4.11.2009)

Eine solche Geschlossenheit würden wir uns in ähnlichen Fragen auch in Österreich wünschen. Bei den sog. Sanktionen vor zehn Jahren z.B. bot sich den ausländischen Beobachtern und Akteuren ein Bild größter Uneinigkeit.

Keine Atomwaffen in Ost und West!

Generalsekretäre des Weltkirchenrates und der Kirchenräte für Europa, die USA und Kanada richteten einen gemeinsamen Brief u.a. an US-Präsident Barack Obama und den russischen Präsidenten Dimitrij Medwedjew, in dem sie die laufenden Abrüstungsbemühungen der führenden Atomkräfte begrüßen und zur Abschaffung aller Atomwaffen auffordern. (Quelle: T. Sonntag, 15.11.2009)

Würde sich Präsident Obama zur rigorosen Abschaffung aller US-Atomwaffen entschließen, wäre ihm der Friedens-Nobelpreis vielleicht verdienstermaßen verliehen worden. Inwiefern die Rüstungsindustrie und das US-Militär gewillt sind, sich solchen Zielen unterzuordnen, darf allerdings stark bezweifelt werden.



Fatwa (Islamisches Rechtsgutachten) zur Frage, ob muslimische Machthaber den Bau von Kirchen ermöglichen dürfen

Rechtsgutachten-Nr.: 5106, Scheich Saleh bin Fauzan bin Abdullah al-Fauzan, anerkannter Rechtsgutachter, Institut für Islamfragen, 5.11.09

Frage: „Wie wird [aus islamischer Sicht] ein Mensch beurteilt, der Christen ermöglicht, Kirchen in Ländern der Muslime zu bauen oder Schulen zu eröffnen, in denen [christlich] missioniert wird?“

Antwort: „Dies ist [aus islamischer Sicht] nicht erlaubt. Muslime dürfen Christen weder den Bau von Kirchen noch die Renovierung dieser Kirchen ermöglichen, falls sie baufällig geworden sind. Falls jedoch

Muslime ein Land einnehmen, in dem sich bereits Kirchen befinden, müssen sie diese [Kirchen] stehen lassen, bis sie baufällig werden und verschwunden sind. Sie dürfen nicht erneut aufgebaut werden. Muslime dürfen nicht den Ungläubigen den Bau von neuen Kirchen im Lande des Islam erlauben, insbesondere auf der Arabischen Halbinsel. Allahs Prophet sagte: „Es dürfen auf der Arabischen Halbinsel nicht zwei Religionen zusammen existie-

ren“. Kirchen dürfen auf der Arabischen Halbinsel nicht neben Moscheen errichtet werden. Dies heißt jedoch nicht, dass ein Ungläubiger die Arabische Halbinsel nicht betreten darf, wenn er dies als Gastarbeiter oder Geschäftsmann tut, oder sich nur vorübergehend aufhält. D.h., er darf dort keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. Ebenfalls darf er kein Eigentum [keine Eigentumswohnung] besitzen.“ (Quelle: www.alfawzan.ws)

Wussten Sie.....?

Vizekanzler Pröll zeigt seine wahre Gesinnung

Gleich zu Beginn dieses Jahres ließ Vizekanzler Pröll mit einer Aussage aufhorchen, die wir als die kurioseste bezeichnen möchten, die uns in den letzten 3 Monaten zu Ohren gekommen ist:

„Volksbefragungen dürfen nicht zum Mittel der Politik werden. Das wäre ganz gefährlich.“

Herr Pröll, mit dieser Einstellung sind Sie als verantwortlicher Politiker für Österreichs Bürger gefährlich!“

Was versteckt sich hinter Eurogendfor?

Diese derzeit schon 3000 Mann (!) starke europäische „Sondereingreiftruppe“ namens European Gendarmerie Force - Europäische Polizeitruppe - wurde ins Leben gerufen, damit ausufernde Unruhen, wie sie z. B. in französischen Städten immer wieder ausbrechen, künftig leichter unterdrückt werden können.

Der große Haken bei der Sache: Eurogendfor wird künftig europaweit nationales Recht und die nationale Souveränität der EU-Mitgliedstaaten aushebeln! Über den Einsatz in einem Mitgliedsland der EU entscheidet ein „Kriegsrat“, der sich aus den Verteidigungs- und Sicherheitsministerien der an Eurogendfor beteiligten EU-Länder und des betroffenen Staates zusammensetzt.

Für Beobachter ist das ein klares **EU-Besetzungsrecht**. Denn wenn ein Einsatz in einem „befreundeten“ EU-Staat erst einmal beschlossen ist, sind alle Gebäude und Gebiete, die von Eurogendfor-Einheiten in Beschlag

genommen werden, immun und auch für Behörden des betroffenen Landes nicht mehr zugänglich. Faktisch herrscht damit EU-Besetzungsrecht. Aber es kommt noch schlimmer: Eurogendfor verfügt im Einzelfall nicht nur über polizeiliche, sondern auch über geheimdienstliche Kompetenzen und soll Ruhe und Ordnung im betroffenen Einsatzgebiet in enger Zusammenarbeit mit dem Militär (!) wiederherstellen.

Die europäischen Regierungen sind dank Eurogendfor fein heraus.

Sie können im Fall sozialer Unruhen oder anhaltender Großdemonstrationen künftig auf die eigene Bevölkerung schießen lassen, ganze Gebiete unter militärische Quarantäne stellen und Rädelsführer aus dem Verkehr



ziehen, ohne dazu eigenes Militär oder eigene Polizeikräfte heranziehen zu müssen, die sich möglicherweise mit den Demonstranten solidarisieren könnten.

Eurogendfor wiederum kann dank seiner zivil-militärischen Ausnahmefugnisse von niemandem belangt werden.

Rechtlich möglich macht eine solch unglaubliche Konstellation übrigens erst der Vertrag von Lissabon.



Bundespräsidentenschaftswahl im April

Zum Zeitpunkt 23.2.2010 haben 7 Bewerber angekündigt, das Amt des Bundespräsidenten anzustreben:

Dr. Heinz Fischer, Dr. Rudolf Gehring, Harald Matschiner, Wolfgang Pörtl, Dr. Martin Wabl und Günter Wohlmuth. Für die FPÖ wird wohl Barbara Rosenkranz aufgestellt.

Nach demokratischen Prinzipien ist eine **Vielfalt an Kandidaten bzw. Bewerbern grundsätzlich positiv** zu sehen. Es entstünde demnach kein Schaden, wenn sie zumindest die Unterstützungshürde überspringen könnten. Im anschließenden Wettstreit kann ja das **Wahlvolk seine Entscheidung treffen**.

Auf die Frage, wen wir uns als Bundespräsidenten/-in wünschen würden, wer also am **ehesten wählbar ist**, können wir mit Sicherheit den derzeitigen HBP **Dr. Heinz Fischer ausschließen**. Er hat sich nachweislich gegen das österreichische Volk gestellt, am deutlichsten, als er den Lissabon-Vertrag unter-

schrrieb und damit ein klares Zeichen setzte, dass er die Interessen fremder Mächte und nicht die Österreichs vertritt.

Die beiden BP-Wahl-Bewerber Barbara Rosenkranz und Dr. Rudolf Gehring hingegen haben sich klar **gegen** diesen Knebelungsvertrag von Lissabon ausgesprochen und zeigen eine **unmissverständliche Pro-Österreich-Grundhaltung**, die in weiten Teilen mit unseren Vorstellungen übereinstimmt. Allerdings müssen wir noch unsere Beurteilung dahingehend offen lassen, inwieweit diese Bewerber auch bereit wären, diese Funktion **ehrenamtlich auszufüllen**, wie es in der Schweiz in bewährter Weise gehandhabt wird.

Ein hochdotiertes, hauptamtliches Staatsoberhaupt lehnt die NFÖ ab.

Die Schweiz macht es uns vor, wie es auch anders geht.

Orientierungsloses Wirtschaftsforum

An der 40. Veranstaltung des Weltwirtschafts-Forums im Kurort Davos war vieles anders, als in den Jahren zuvor. Die durch Geldgier und Maßlosigkeit verursachte Krise des Finanzsystems gab der Tagung eine völlig gewandelte Tendenz. Die 2.500 Wirtschaftsführer der



Welt aus 90 Staaten und eine Politiker-Elite erklärten wie im Kollektiv, nicht mitverantwortlich für diese miserable Situation zu sein. Überdeckt wurde das Forum von einer Stimmung der Selbstgefälligkeit und der Rückkehr zu früheren Praktiken der Wirtschaftsleitung. **Das Davoser Forum erreichte somit nicht das Fundament der Krise.**

Tatsächlich hat die sogenannte Finanzkrise - eigentlich eine Krise bürgerlicher Wertvorstellungen - schon **unerträglich viel zum Rückzug demokratisch-gesellschaftlicher Grundfreiheiten beigetragen**. Unter dem Vorwand von Sicherheit und Abwehr von Steuerflucht und immer stärker geschröpften Bürgern, zu deren Versklavung geführt. Der Kampf der politisch und wirtschaftlich Mächtigen **gegen jegliche private Freiheitssphäre** von Menschen brachte durch Zwang und

Drohung skurrile und grenzüberschreitende, erzwungene Gesetze und Verordnungen hervor. Die Lasten wurden auf den steuerzahlenden Bürger, der mit der Misswirtschafterei gar nichts zu tun hat, abgewälzt. Inwieweit das Forum bei der Suche nach Rezepten zum „Überdenken, Umgestalten und Erneuern“ auf dem Weg aus der Krise diese fundamentalen Schwächen erkannt hat und Hand anlegen lässt, um sie positiv zu verändern, sei dahingestellt. Im winterlich kalten Davos wurde sozusagen nur heiße Luft verblasen. (Werner Giacomuzzi, Vorarlberg)

Warum nicht endlich gegen den Strom schwimmen

Mir ist eine schlimme Entwicklung der letzten Jahre aufgefallen. Nämlich, dass sich das österreichische Volk viel zu viel von dieser EU gefallen lässt, indem es ihre dirigistischen Regelungen scheinbar unberührt hinnimmt, vermutlich, weil es vielen Bürgern noch verhältnismäßig gut geht. Auf die, von der EU und unserer Bundesregierung verursachten Missstände angesprochen, wie z.B. zum Bankenskandal samt Wirtschaftskrise sagen sie: „Wir können sowieso nichts dagegen tun, was kann der Einzelne schon ausrichten?“ Wir verharren also lieber in lammfrommer Haltung als endlich gegen den Strom zu schwimmen? Da wäre aber starker Zusammenhalt gefragt. Leider fehlt dieser dem österreichischen Volk. Solange wir diese Einstellung nicht ändern,

können wir von Ausländern leicht „überrollt“ werden. Was gedenkt die Initiative NFÖ dagegen zu tun? Bitte um Antwort. (Josef K., Salzburg).

Genau aus diesem Grund haben wir unsere Bewegung gegründet, damit wir das politische Geschehen beeinflussen können. Freilich, nur eine starke Organisation mit vielen Mitkämpfern, die an diesem sprichwörtlichen Strick in eine Richtung ziehen, ist dazu in der Lage, entsprechend dem anschaulichen Sprichwort „Aus vielen Gräsern zu einem Strick gewunden, wird selbst der größte Elefant gebunden.“

Einladung zum Informationsabend mit Dr. Rudolf Gehring Bundespräsidentenwahlbewerb

Der neue Bundesobmann der CPÖ, Dr. Rudolf Gehring hat die Absicht sich als Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl im April zu bewerben. Seine Vorstellungen vom höchsten Amt im Staat, wie auch ein BP mit gutem Willen seinen Aufwand reduzieren / sparen helfen kann, das will Dr. Gehring in seinem Vortrag und der nachfolgenden Diskussion ausführlich darlegen.

Termin: Samstag, 20. März 2010

Beginn: 19.30 Uhr

Ort: 5301 Eugendorf, Gasthof zur Strass - „Beim Bruno“, Salzburgerstr. 25, Tel: 06225-8218-0

Eintritt: Freiwillige Spenden

**Veranstalter: CPÖ und NFÖ;
Tel: 0650-2170949 od. 0699-10086924**

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf

die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen. Noch ein Anliegen dürfen wir an Sie herantragen. Wir benötigen dringend Büro-Räumlichkeiten im Raum Innsbruck für die Abwicklung von Versand- und Korrespondenz-Arbeiten, die Zwischenlagerung von Informationsma-

terial sowie die Abhaltung von Arbeitsgesprächen, die wir bisher in privaten Räumen machten. Diese haben inzwischen ein Ausmaß erreicht, durch das ein eigenes Büro für NFÖ-Arbeiten unumgänglich wird. Wenn Sie uns hier auf irgendeine Weise weiterhelfen könnten, z.B. auch über einen Mietkostenbeitrag, wären wir sehr dankbar.